Das geschah im November ’23: „Wir fielen aus allen Wolken“

Das war eine politische Implosion: Als herrsching.online am Mittwochmittag meldete, dass der Bürgerentscheid rechtswidrig sei, gab es hektische Betriebsamkeit bei den Rathaus-Fraktionen und den Baumschutz-Aktivisten. Am kommenden Montag wird der Gemeinderat den Bürgerentscheid samt 2 000 Briefwahlstimmen und 12 000 Euro Verwaltungskosten wohl still beerdigen. herrsching.online hat Stimmen zu der überraschenden Wende gesammelt.

Christiane Gruber, Bürgergemeinschaft Herrsching: Ich freue mich, dass wir jetzt an der Baumschutzverordnung weiterarbeiten können. Wir hatten ja die Hoffnung, dass wir die Arbeit im Arbeitskreis Umwelt hinkriegen. Aber jetzt müssen wir es halt im Bauausschuss machen, weil es gute Gründe gibt, den Arbeitskreis Umwelt in dieser Form nicht mehr fortzuführen. Wir von der BGH waren interessiert an einer inhaltlichen Arbeit und sind jetzt bestätigt worden. Der Arbeitskreis wird auf jeden Fall so nicht weiterbestehen.

Thomas Bader, Sprecher der CSU-Fraktion: Wir haben vorher geklärt, ob ein Ratsbegehren rechtens ist, wir haben uns in der Gemeinde rückversichert, wir haben uns im Landratsamt rückversichert. Wir sind aus

allen Wolken gefallen, als wir das am Mittwoch gehört haben. Das ist komplett unverständlich. Erstaunlich ist, dass die Kommunalaufsicht nicht wusste, dass ein Bürgerentscheid nicht rechtens sei. Einen Bürgerentscheid zu beantragen, war auf alle Fälle sinnvoll, weil wir eine Baumschutzverordnung in Zeiten knapper Kassen nicht brauchen. Und im Gemeinderat zeichnete sich keine klare Mehrheit für eine Baumschutzverordnung ab, je nachdem, ob bei der einen oder anderen Fraktion ein Mitglied fehlte. Und die Frage war ja im Bürgerentscheid so offen gestellt worden, damit wir endlich einmal eine Bürgermeinung bekommen. Mehr wollten wir gar nicht.

Gerd Mulert, Gemeinderat in der Grünen-Fraktion: Das ist zuerst einmal eine Niederlage für die CSU und für alle, die der Meinung sind, dass man einen Gemeinderatsbeschluss jederzeit wieder kippen kann. Wir verlieren ja auch einmal, aber wir sind Sportler. Aber man muss doch einen Beschluss akzeptieren und nicht schon nach 3 Monaten ein Ratsbegehren durchboxen. Ich bin kein Jurist, aber ich hatte von Anfang an das Gefühl, dass das Ratsbegehren nicht richtig ist, da ist der Wurm drin. Die Mehrheit des Gemeinderates hatte beschlossen, eine Baumschutzverordnung zu erlassen. Und wenn man nach ein paar Wochen diesen Beschluss konterkarieren will, finde ich das einfach nicht sauber. Deshalb freut es mich sehr, dass die gründliche rechtliche Prüfung zu diesem Ergebnis gekommen ist. Dass die Kommunalaufsicht so spät zu der Rechtsauffassung gekommen ist, dass der Bürgerentscheid zum Baumschutz nicht rechtens ist, führe ich auf die maßlose Überarbeitung des Landratsamtes zurück. Das kann ich verzeihen, nur schade finde ich halt, dass soviel Geld umsonst ausgegeben wurde.

Christl Voit, Gründerin der Bürgerinitiative Pro Natur: Das hätte die Gemeinde Herrsching wirklich günstiger haben können! Jetzt, nach Ablehnung des Bürgerbegehrens durch die kommunale Rechtsaufsicht ,

steht unter Aufwendung von 15000 bis 20000 Euro Steuergeldern (Quelle BM Schiller) alles wieder auf Anfang. Wir sind wieder im April 23, als eine Gemeinderatsmehrheit beschlossen hatte, eine Baumschutzverordnung im AK Umwelt zu erarbeiten – bevor dann im September 23 die Fraktion der CSU und unverhohlen auch BM Schiller die Idee gebaren, mit einem Bürgerbegehren vielleicht doch noch eine Baumschutzverordnung verhindern zu können.

Nicht, dass sie nicht gewarnt worden wären: Gemeinderät*innen von BGH und Grünen zweifelten schon in der Septembersitzung die Rechtmäßigkeit dieses geplanten Bürgerbegehrens an – wie sich jetzt zeigt: völlig zurecht. So wurde sehenden Auges viel Geld in den Sand gesetzt, weil der Wunsch, keine BSVO im Ort zu haben, so übermächtig war, dass Haushaltsüberlegungen offensichtlich keine Rolle mehr spielten nach dem Motto „Was kostet die Welt“. Und jetzt? In meinen Augen ist nun die Zeit der Demut für die CSU mit Initiator Thomas Bader angebrochen, indem sie, wie im April im Gemeinderat beschlossen, fleißig, konstruktiv und geräuschlos an der Aufstellung einer BSVO mitarbeiten und weitere taktischen Spielchen unterlassen.

Übrigens noch ein heißer Tipp: Pronatur hat im Februar – auch unter dem Beifall von Experten – auf einer Veranstaltung im Kurparkschlösschen eine rechtssicher formulierte Baumschutzverordnung vorgestellt, die damals, ‚anders als dann im Gemeinderat, auch die Zustimmung vieler anwesender Grüner fand. Diese Verordnung wäre im doppelten Sinn ein Geschenk für die Gemeinde gewesen: kostenlos und sofort, ohne weiteren Zeitverlust. Leider hatte der Gemeinderat ‚mit Ausnahme der BGH, nicht die Souveränität, diesen wohlabgewogenen in wochenlanger Arbeit entstandenen Entwurf in ihre Überlegungen miteinzubeziehen. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, über Schatten zu springen und zügig an der Finalisierung einer BSVO zu arbeiten.

Die Bäume Herrschings sind unser Aller Lebensversicherung gegen Hitze, Dürre oder Starkregen – sie verdienen umgehend mehr Schutz als bisher.

Christine Hollacher, ehemalige Bürgermeisterin und Mitglied bei Pro Natur und in der BGH: Der Höhepunkt einer längeren Reihe von Rechtsverstößen der Herrschinger Verwaltung und des Bürgermeisters, die trotz Bedenken aus dem Gemeinderat – siehe abgelehnter Antrag der BGH in der Sitzung vom 25. September auf Zurückstellung des CSU-Antrages und Klärung mit der Kommunalaufsicht – durchgesetzt werden sollten.

In diesem Zug kann man auch gern den rechtswidrig in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss zu den Agenda21 Arbeitskreisen nennen oder das Versäumnis, die Antworten der Verwaltung zu den Fragen der Bürgerschaft zu Beginn der Gemeinderats-Sitzungen ins Protokoll aufzunehmen (was der Geschäftsordnung des Gemeinderates widerspricht).

Nun also 12 000 Euro Portokosten und zig Arbeitsstunden der Gemeindeangestellten umsonst, weil die CSU nach eigenen Worten „die Handbremse ziehen wollte“ bei der Ausarbeitung einer Baumschutzverordnung, obwohl der Gemeinderat auf Antrag aus der Bürgerversammlung zuvor einstimmig die Ausarbeitung einer Vorlage bis Ende April 2024 beschlossen hatte…

Norbert Wittmann, Co-Sprecher der Bürgerinitiative Pro Natur: Nun also hat kurz vor der Durchführung des Bürgerentscheids das Landratsamt Starnberg doch noch die Notbremse gezogen. Vermutlich sehr zum Missfallen der CSU und des Herrschinger Bürgermeisters. Nichtsdestotrotz stellt diese Entscheidung des Landratsamtes nur einen Zwischenschritt auf dem Weg zu einer Baumschutzverordnung für Herrsching dar. Ein effizienter Klimaschutz und eine vorsorgende Anpassung an die Folgen des Klimawandels sind die zentralen Herausforderungen der heutigen Zeit. Extremwetter wie Starkregen und Dürreperioden nehmen stetig zu und stellen insbesondere Städte und Gemeinden und ihre Bürger vor große Herausforderungen. Städte und Gemeinden sind beim Klimaschutz und bei der Anpassung an den Klimawandel in einer Schlüsselrolle. Eine nachhaltige Kommune bietet zukunftssichere Lebensqualität für alle ihre Bewohner. Eine Baumschutzverordnung stellt einen wichtigen Baustein im Kampf gegen den Klimawandel dar. Herrschings Bürgermeister und der Gemeinderat sollten daher bei ihren Entscheidungen in Sachen Baumschutzverordnung das Gemeinwohl bedenken und auch ihrer Verantwortung für die kommenden Generationen gerecht werden.

Category

1. Gemeinde

Date
16/09/2025
Date Created
15/01/2024